

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfd.: Die 41 mm breite Zeile (Möb'se's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfd., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfd.; amtlich 1 mm
30 Pfd. und 24 Pfd.; Reklame 25 Pfd., Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrensdorf, Bretznig, Hauptwalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Kleindittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albersstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. F. Förkers Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 277

Freitag, den 28. November 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Ueber das Vermögen des Schuhmachermeisters und Schuhwarenhändlers Gustav
Friedrich Kummer in Bretznig, Bischofswerdaer Straße Nr. 44 C, wird heute am 26. No-
vember 1930, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Paul Großmann, Großröhrensdorf, Bischofswerdaer Straße, wird
zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 15. Dezember 1930 bei dem Gericht anzumelden.
Es wird zur Beschlußfassung über die Vertheilung des erlangten oder die Wahl
eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintreten-
falls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der
angemeldeten Forderungen auf

den 23. Dezember 1930, vormittags 9 Uhr
vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas
schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabsorgen oder leisten, muß auch den Besitz
der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Befriedigung beansprucht,
dem Konkursverwalter bis zum 15. Dezember 1930 anzeigen.

Amtsgericht Pulsnitz, am 26. November 1930.

Aufkündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar
bestem Erfolg

2 deutsche Untersuchungskommissare in Oberschlesien

Die Polengrenze im Januar vor dem Völkerbundrat

Völlig abwegige Antwort Cecil's — Bildung sozialdemokratischer Kampfstaffeln

Die vom Reichskabinett beschlossene Note wegen der pol-
nischen Grenzverletzungen in Oberschlesien ist an den Generalsekretär
des Völkerbundes am Donnerstag abgefordert worden. Das Reichskabinett
beschloß gleichzeitig, den Reichsinnenminister Dr. Brüning mit dem
preussischen Staatssekretär Dr. Heugge nach Döbeln zu entsenden, um mit der Bevölkerung
Oberschlesiens Fühlung zu nehmen.

Das auf Grund des Berichtes des deutschen Generalkonsuls
in Döbeln, Freiherrn von Grünau, zusammengefaßte Material über
Oberschlesien ist so umfangreich, daß die Note über dreißig Seiten
umfaßt. Die deutschen diplomatischen Vertretungen in London,
Paris und Rom werden die Note den dortigen Außenministern
direkt überreichen.

Das Reichskabinett hat damit zum ersten Mal den Weg
des direkten Eingriffes Deutschlands in die Minderheitenfrage
gewählt.

Das Kabinett hat sich aber in seinen Maßnahmen darauf
beschränkt, daß es bei dem Generalsekretär des Völkerbundes
nur den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Besetzung der
nächste normale Tagung des Völkerbundes Mitte Januar 1931
geklärt wird. Das Kabinett hat eine sofortige außerordentliche
Tagung nicht verlangt.

Man ist in parlamentarischen Kreisen der Auffassung,
daß der Reichsinnenminister bei einwandfreien Feststellungen
in Oberschlesien zu dem Ergebnis kommen wird, daß die
Reichsregierung nicht bei dem Versuch, mit Hilfe des Völkerbundes
die deutschen Minderheiten zu schützen, stehen bleiben kann,
sondern daß sie den Völkerbund darauf aufmerksam machen
müssen, daß die Sicherheit an der deutsch-polnischen Grenze
gefährdet ist.

Polen überfallen das Deutsche Heim in Thorn.

Thorn. Eine Anzahl Polen überfiel das Deutsche Heim
in Thorn. Bereits vor acht Tagen waren polnische Banditen
im deutschen Klublokal erschienen und hatten eine Lampe
zertrümmert. Sie hatten aber damals von weiteren Ausschreitungen
abgesehen, da nur ein Deutscher anwesend war, und hatten
gerufen: Es lohnt uns nicht, wir kommen wieder, wenn mehr
Deutsche hier sind!

Am Mittwoch gegen 17,30 Uhr drangen zunächst drei
Polen in das Deutsche Heim ein. Sie überfielen die drei
anwesenden Deutschen mit Stöcken und Säbeln. Fünf noch
hinzukommende Polen bewarfen die Deutschen mit Bierflaschen
und zertrümmerten die gesamte Einrichtung des Lokals.
Ein älterer deutscher Herr wurde schwer verletzt, weitere
Deutsche leicht. Die herbeigerufene Polizei erschien erst
nach längerer Zeit und nahm schließlich eine Verhaftung vor.
Von dem Vorgefallenen wurde dem deutschen Konsul in
Thorn sofort Mitteilung gemacht, der auch am Tatort erschien
und Ermittlungen anstellte.

Völlig abwegige Antwort Cecil's

Genf, 27. November. Lord Robert Cecil beantwortete
am Donnerstagabend der internationalen Presse die von Graf
Bernstorff an ihn in der Sitzung des Abrüstungsausschusses
gerichteten Fragen. Den Hinweis Bernstorffs auf die
unterschiedliche Behandlung der See- und der Landabrüstungs-
fragen lehnte Cecil mit der Begründung ab, eine Festsetzung
der Seeabrüstungen sei leicht möglich, während eine Kontrolle

der Landabrüstung auf große Schwierigkeiten stoße. Es sei
nicht anzunehmen, daß 56 Staaten sich einer Kontrolle ihrer
Rüstungen unterwerfen würden. Den Vorwurf des Grafen
Bernstorff, die ausgebildeten Reservisten seien durch das
Rüstungsabkommen nicht erfasst worden, lehnte Cecil damit
ab, daß eine Herabsetzung der militärischen Ausbildungszeit
genüge. Als die schwierigste Frage der Abrüstungsverhandlungen
bezeichnete Lord Robert Cecil die Beschränkung der
Luftkräften, da Zivilflugzeuge offensichtlich eine militärische
Angriffswaffe von größter Tragweite darstellten. Ein großer
Fortschritt sei jedoch durch die geplante Kontrollkommission
erzielt worden; da ein derartiges Mittel die Möglichkeit
gebe, die Einhaltung des Abrüstungsabkommens zu überwachen.
Im großen und ganzen bezeichnete Cecil das vorliegende
Abrüstungsabkommen als ein wirksames Instrument für eine
allgemeine Abrüstung.

Bildung sozialdemokratischer Kampfstaffeln

Wiesbaden. Die hiesigen Gewerkschaftsvorstände,
Betriebsräte und freien Sportverbände hielten hier eine Sitzung
ab, in der sie die Zusammenfassung aller wehrfähiger
Gewerkschaftler und Arbeitersportler beschloß. Der bereits in
einer früheren Sitzung gewählte Aktionsausschuß, bestehend
aus Vertretern der sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften,
des Reichsbanners und der freien Sportorganisationen,
schlug die Gründung von Kampfstaffeln, denen jeder wehrfähige
Gewerkschaftler angehören soll, vor. Diefem Vorschlag
ist nunmehr zugestimmt worden. Die Gewerkschaften und
Sportorganisationen werden sofort mit der Organisierung
der Kampfstaffeln beginnen.

Reichskanzler Brüning an alle Volksteile.

Opferwilligkeit tut not, auch wenn keine Reparationen
zu zahlen wären.

Auf der Hauptversammlung des Reichsverbandes
der Deutschen Industrie ergriß auch der Reichskanzler
das Wort. Er legte dar, von welchen Richtlinien sich die
Reichsregierung bei der Aufstellung ihres Reformprogrammes
leiten lassen. Das Programm bezwecke die Ordnung der
deutschen Finanzen und gesunde Grundlagen für die deutsche
Wirtschaft mit dem Ziel, den Kredit Deutschlands und seine
Weltgeltung zu erhöhen und die politische und wirtschaftliche
Freiheit des deutschen Volkes

zu erreichen. Es sei vor allem erforderlich, in das Bewußtsein
aller Kreise des deutschen Volkes die Erkenntnis einzuhämmern,
daß es nicht nur darauf ankomme, mit dem Reformprogramm
die Grundlagen für eine vernünftige Gestaltung unserer
Reparationsverpflichtungen zu schaffen, sondern daß es sich
um Maßnahmen handle, die auch notwendig seien, wenn
Deutschland keine Reparationen zu zahlen hätte. Das deutsche
Volk müsse begreifen, daß die Not der Zeit eine Zusammen-
arbeit und Opferwilligkeit aller Volksteile verlange. Die
Regierung aber dürfe bei der Durchführung ihrer Maßnahmen
auf eine monatelange Unpopularität nicht scheuen.

Änderung der Krankenschein-Gebühr?

Zugeständnisse des Reichskanzlers an die SPD?

Der Reichskanzler setzte am Donnerstag die Verhandlungen
mit den Parteiführern fort, obwohl ursprünglich die
Besprechungen mit dem Empfang des Führers der Deutsch-
nationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, am Mittwoch
abgeschlossen sein sollten. Die Fortführung der Verhandlungen,
insbesondere zwischen dem Reichskanzler und Vertretern
der Sozialdemokratie, ist notwendig geworden, weil der
Reichskanzler vor die Frage gestellt ist, ob er bereit sei,
Forderungen der Sozialdemokratie zu erfüllen, die sich nicht
auf die Finanzgesetze, sondern auf die im Juli erlassenen
Notverordnungen beziehen.

Die Vertreter der Sozialdemokratie fordern zunächst die
Aufhebung der 50-Pfennig-Gebühr für den Krankenschein,
die Aufhebung der Bürgersteuer und eine wesentliche
Änderung der Bestimmungen, durch die die Mittel im
Etat für die Arbeitslosenversicherung in der Höhe fest-
gelegt werden.

Der Reichskanzler scheint bereit zu sein, durch eine neue
Notverordnung die Verordnung über den Krankenschein
abzuändern, daß die 50-Pfennig-Gebühr bei Erwerbslosen
und Tuberkulosekranken fortfällt und die Bestimmungen
über die Durchführung der Verordnung über die Gebühr
von neuem festgelegt werden.

Der Herr Reichspräsident empfing am Donnerstag den
Reichsminister der Finanzen Dietrich zu einem ausführlichen
Vortrag über den Stand des Sanierungsprogramms.
Der Reichspräsident sprach dem Reichsfinanzminister und
seinen Mitarbeitern seinen Dank für die in den letzten
Wochen geleistete Arbeit aus.

Zurück zu Versailles!

Der „Abrüstungsausschuß“ legt Deutschland
neue Fesseln an.

Genf. Der Abrüstungsausschuß hat am Donnerstag mit
14 Stimmen bei Stimmenthaltung Deutschlands, Italiens,
Sowjetrusslands und der neutralen Mächte den Artikel EA
in einer verschärften Fassung angenommen,
wonach die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler
Vertrages in das Abrüstungsabkommen eingegliedert werden
und Deutschland von den vorgesehenen Möglichkeiten
neuer Aufrüstung ausdrücklich ausgeschlossen wird.

Der Annahme dieses Antrages ging eine große politische
Aussprache voraus. Graf Bernstorff erklärte, der jetzige
Abkommensentwurf habe mit Abrüstung, soweit es sich um
die Landstreitkräfte handle, nichts mehr gemein als die
Ueberschrift. Rühme die Mehrheit den Artikel EA an, so
würden dadurch nur die Staaten betroffen, die einen
solchen Abkommensentwurf unterzeichnen wollen. Er
gehöre nicht zu ihnen. Vielleicht gäbe es Delegierte
im Ausschuß, die in dem Glauben leben, man könne
seiner Regierung einen Vertrag zur Mitunterzeichnung
anbieten, der, statt eine wirkliche Abrüstung zu
bringen, den Rüstungsstand der Welt zu Lande
verschleierte oder gar seine Erhöhung gestatte und
der für ihn, Graf Bernstorff, gleichzeitig

eine Erneuerung der deutschen Unterschrift unter die
Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages
bedeuten würde. Sein Standpunkt sei, daß Deutschland
einen Abrüstungsvertrag nur dann als solchen anerkennen
könne, wenn er eine gerechte, der Sicherheit aller
Staaten Rechnung tragende Lösung brächte. Deutschland
werde das Abrüstungsabkommen danach beurteilen, ob es
als Gegenleistung für die deutsche Abrüstung endlich
den Grundsatz paritätischer Sicherheit verwirkliche.

